

Pressemitteilung

## PUG spricht sich gegen Verwaltungslösung zum Fahrstuhl im Schlosshof aus und bringt eigenen Antrag ein

In einem Antrag an den Rat der Stadt fordert die PUG-Fraktion die Verwaltung auf, den Durchgang zwischen Schloss und Kavaliershhaus mit dem Ziel zu untersuchen, dass hier ein barrierefreier Zugang zum Schloss gebaut wird. Für die Prüfung und Planung ist ein in der Denkmalpflege erfahrenes Architekturbüro einzubinden. Die Planung und die Kosten sind dem Ortsrat und dem Kulturausschuss vorzustellen, heißt es.

PUG-Fraktionsvorsitzende Bärbel Weist begründet den Antrag: „Der von der Verwaltung im Jahr 2008 vorgestellte Entwurf eines Fahrstuhls neben dem Schlossturm stieß in weiten Teilen der Bevölkerung auf großen Widerstand. Der Turm aus Glass und Stahl stellt einen Eingriff dar, der negativ für das Schlossgebäude und für den Schlosshof ist. Das Umfeld des Schlosses ist erst in den letzten 8-10 Jahren aufgewertet worden. Aus öffentlichen Mitteln wurde das ursprüngliche Pflaster wiederhergestellt, der ehemalige Wassergraben in einem Teilabschnitt erlebbar gemacht, eine Brücke gebaut und ein Brunnen rekonstruiert. Außerdem ist durch Bürger- und Vereinsaktivitäten ein Teil der Fundamente des Schlosses und des Kellers erhalten worden; der Schlosshof hat eine dem historischen Ambiente angemessene Beleuchtung erhalten. Pläne und Dokumente belegen, dass das Schloss Fallersleben im 16. Jahrhundert aus einem u-förmigen Gebäudekomplex bestand. Durch den Bau eines Fahrstuhls an der vorgeschlagenen Stelle besteht die Chance, das Schloss seiner Ursprungsform näherzubringen. Sollte der vorgeschlagene Standort sich als nicht realisierbar herausstellen, favorisieren wir die Giebelseite im Norden“, so Weist und ergänzt: „Die Bevölkerung ist über den Vorschlag, einen riesigen gläsernen Fahrstuhl in den Hof zu setzen, empört.“

Die Kosten für einen Fahrstuhl werden auf rund € 430.000 beziffert. Für die Umsetzung der Maßnahme hat die Verwaltung entsprechende Fördermittel beantragt, die zur Hälfte gegenfinanziert werden müssen. „Im aktuellen Haushaltsplan fehlt jedoch jeglicher Mittelansatz für einen Fahrstuhl“, kritisiert Weist.